



27. November 2007

## Fernwärme durch Zwang?

Resümee der BIBS-Fraktion

### Zusammenfassung der Infoveranstaltungen zum Fernwärmeanschlusszwang der *Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums* –

Aus verschiedenen Gründen führt der Baustein Fernwärmeanschlusszwang nicht zu einer Reduzierung von Feinstauben und CO<sub>2</sub> und ist somit aus der Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplans herauszunehmen. Das eigentliche Motiv für den Fernwärmeanschlusszwang in Braunschweig ist die Erweiterung des Kraftwerks (bereits seit einigen Jahren geplant) für die Stromerzeugung.

BS|ENERGY gab am 20. November 2007 in der *Braunschweiger Zeitung* den Bau eines zusätzlichen Heizkraftwerks (Gasturbinen) bekannt, das nicht das erste kohlebetriebene ersetzen soll. Erst als Folge dieser Planung stellt sich die Frage, was mit der zusätzlich produzierten Wärme geschieht.

Generell ist die Förderung von Fernwärme gut, weil sie derzeit als Abfallprodukt der Stromgewinnung eine gute Ökobilanz aufweist. Die BIBS-Fraktion spricht sich dafür aus, das bisher praktizierte Vorgehen des stetigen Ausbaus des Fernwärmesystems auf freiwilliger Basis beizubehalten. Es basiert darauf, dass der Fernwärmepreis – in Konkurrenz zu anderen Primärenergiepreisen – geringer ist. Auf Anfrage von Eigentümerinnen und Eigentümern prüft BS|ENERGY gern, ob die Erschließung einer Straße sinnvoll ist. Aus diesem Grund unterstützt die BIBS-Fraktion die Unterschriftensammlung „Fernwärme – aber bitte ohne Zwang“.

Mit dieser Praxis werden bisher nicht einzuschätzende Entwicklungen in der Energiegewinnung nicht blockiert. Allen Hausbesitzerinnen und -besitzern steht offen, sich ihr ökologisches System selbst zu wählen.



### Erweiterung des Heizkraftwerks als eigentliches Ziel der Diskussion?

Mit der angekündigten Erweiterung des Heizkraftwerkes wird zusätzlicher Strom produziert, der selbstverständlich von BS|ENERGY frei auf dem Markt verkauft wird.

Um auf dem konkurrierenden Strommarkt mithalten zu können, sind günstige Stromtarife notwendig. Für BS|ENERGY besteht mit dem zusätzlicheren Verkauf der Abwärme mit einem Fernwärmeanschlusszwang die Möglichkeit, niedrige Strompreise anzubieten und satte Gewinnmargen zu erzielen.

### **Feinstaubrelevante Betrachtung des Fernwärmeanschlusszwangs**

Unter dem Aspekt, dass die Kohleöfen im Heizkraftwerk zeitnah nicht ersetzt werden, ist die feinstaubrelevante Bedeutung für die Stadt Braunschweig nicht erkennbar. Denn bei der Verbrennung von Kohle entstehen Rußpartikel, die nicht alle ausgefiltert werden können.

Der Anteil von Wohnungen, die noch mit Kohle oder Öl heizen, ist in den favorisierten Quartieren des Anschlusszwangs verschwindend gering.

Auch in der CO<sub>2</sub> Bilanz wird sich mit dem Neubau eines Kraftwerks bei gleichzeitiger Ersetzung der noch vorhandenen Gasthermen nichts verändern. Nur: das zusätzliche Kraftwerk produziert zusätzlich CO<sub>2</sub>. Aus diesem Grund soll u.a. die Emission bei den Eigentümern eingespart werden.

Der Fernwärmeanschlusszwang hat in der Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplans damit nichts zu suchen. Dieses Thema stellt die anderen sinnvollen und wirkungsvollen Maßnahmen (Baumschutz und damit auch Aufgabe der Verlängerung der Start- und Landebahn am Flughafen, Verkehrsvermeidung, Verkehrsmanagement, Förderung emissionsfreier Verkehre, klimasensible Stadtentwicklung und Bauleitplanung, Stadt der kurzen Wege, Gebäudesanierung und Dämmung, etc.) in den Schatten, die deutliche effektivere Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung und zum Klimaschutz darstellen.

### **Anschlusszwang zwingt zu Investitionen – auch der privaten Haushalte**

Erste Kalkulationen von Hausbesitzerinnen und -besitzer rechnen mit Kosten für den Systemwechsel und damit verbundenen Umbaumaßnahmen in ihren Häusern in fünfstelliger Höhe.

Aus Sicht der Hauseigentümerinnen und -eigentümer, die mit Gasetagenheizungen operieren, ist eine Umstellung schwer zu terminieren. In der Regel fallen nicht alle Gasthermen gleichzeitig aus. Das führte in den nächsten Jahren dazu, keine Neuinvestitionen mehr in alte Thermen zu tätigen und bis zum bitteren Ende alte Thermen zu nutzen. Selbst dann würden noch brauchbare und intakte Thermen frühzeitig ausgewechselt. Die Neuerschließung der Wohnungen mit einem zentralen Leitungssystem wird kostenintensiv. Die von BS|ENERGY zu Grunde gelegten Kosten sind zu gering.

### **Informationspolitik**

Das Schweigen zu dieser Diskussion in der hiesigen Presse sowie der Verwaltung löst Diskussionen und Unverständnis aus.

Die Einflussnahme des Oberbürgermeisters auf die Teilnahme von Referenten von BS|ENERGY zeigt die Schwäche seines Handelns mit der Folge, sich nicht inhaltlich der Diskussion stellen zu können. Die Verwaltung nimmt ihre Aufgabe der allumfassenden Aufklärung bisher nicht wahr.

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann ist in Personalunion Aufsichtsratsvorsitzender von BS|ENERGY und weiß damit seit Jahren von den Neubauplänen des Kraftwerks. Hier wurde mit Sicherheit auch die Diskussion geführt, wie mit der zusätzlichen Abwärme umgegangen werden soll. Ein Anschlusszwang sichert BS|ENERGY die Einnahmen. Als gleichzeitiger Oberbürgermeister und Verwal-



tungschef verfügt er über die machtvolle Position, einen Anschlusszwang per Satzung einzufordern.

### **Politische Motivationen**

Am 22. November 2007 zog die Verwaltung die Diskussion um die Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplans zurück, vordergründig mit der Argumentation, dass die vom Bund angekündigten neuen Förderrichtlinien zum Fernwärmeausbau noch nicht bekannt sind. Die Verwaltung hält aber zwinghaft an der Koppelung der Maßnahme Fernwärmezwang an den Luftreinhalteplan fest. Vermutlich ist der Wahlkampf und die Niedersächsische Landtagswahl ein zusätzlicher Grund für den Rückzug. Denn weder CDU, FDP noch SPD haben bis heute eine klare Position zum Fernwärmeanschlusszwang in Braunschweig bezogen. Und mit den Anwohnerinnen und Anwohnern im östlichen Ringgebiet und Braunschweigs Innenstadt möchte sich keiner vor der Wahl auseinander setzen.



### **Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern**

Am Dienstag, 13. sowie 20. November 2007, folgten insgesamt mehr als 150 Bürgerinnen und Bürger der Einladung der *Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums* zur Informationsveranstaltung „Fernwärme durch Zwang?“. Die zugesagte Teilnahme eines Experten von BS|ENERGY wurde auf Intervention des Oberbürgermeisters beim Vorstand des Konzerns untersagt. Die bis dato bekannten Informationen, Aussagen und Argumente von BS|ENERGY zum geplanten Fernwärmeanschlusszwang wurden deshalb von Ratsmitglied Peter Rosenbaum dargestellt, der bereits mehrere Gespräche mit Herrn Diekmann zum Thema geführt hat.

In regen Diskussionen wurden zahlreiche Fragen von Bürgerinnen und Bürgern, meist aus dem östlichen Ringgebiet, gestellt. Im Publikum vertreten war auf beiden Veranstaltungen auch der Experte für Wärme- und Brennstofftechnik, Prof. Dr. Reinhard Leithner der TU Braunschweig, der sowohl technische und ökologische sowie ökonomische Fragen fachkundig beantwortete.

Die Diskussion hat die BIBS-Fraktion wie folgt zusammengefasst:

- Monopolisierung verhindert Wettbewerb. Darum ist, wie in anderen Energiesegments, die geforderte Trennung von Netz und Energielieferant auch beim Fernwärmenetz umzusetzen. Damit würde Konkurrenz für den Fernwärmemarkt in Braunschweig zugelassen.
- Der Zwang führt zu einer Monopolsituation des Wärmeanbieters BS|ENERGY. Ein Monopol kann zukünftig verhindern, dass innovative Entwicklungen im Energiebereich im Gebiet der Fernwärmesatzung verzögert oder behindert werden.
- Die bekannten Beispiele von Versprechen für stabile Preise wurden in der Vergangenheit nicht eingehalten. Bei sinkenden Absatzmengen (beispielsweise im Abwasser) steigen die Preise. Eine Garantie für konstante Preise wird nicht gegeben, wenn aufgrund intensiver Isolierungen die Wärmeabnahme sinkt.

- Es gibt noch erhebliche Potentiale in der Wärmedämmung von Gebäuden. Mit gezielten Fördermaßnahmen könnte der Energieverbrauch gut um 50% reduziert werden.
- Zwang fördert nicht die gewünschte Sensibilisierung zum Thema ökologisches Verhalten. Die Vergangenheit zeigt an zahlreichen Beispielen, dass mit Zwang die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu einer Verhaltensänderung zu bewegen ist.

Zweifel bestehen, ob zentrale Großnetze zukunftsfähig sind. Die Netze und ihre Instandhaltung sind der große Kostenfaktor in den Fixkosten. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Diskussion zu führen, ob Fernwärme in 20 Jahren noch den ökologischen Wärmelieferant in dicht besiedelten Stadträumen darstellt und ein so intensiver Ausbau des Leitungsnetzes sinnvoll ist.



Die BIBS-Fraktion fordert niedrige Emissionsgrenzwerte. Es ist grundsätzlich richtig, Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer über diese Maßnahme zum Handeln aufzufordern, emissionsarme Wärmeerzeuger einzubauen und zu nutzen.

Die Einführung eines Energiepasses für Wohnungen wird künftig ein Hebel sein, neben den Mietpreisen für Mieterinnen und Mieter auch den Energieverbrauch einer Wohnung offenzulegen. Wohnungen mit hohem Energieverbrauch werden damit unattraktiv und schwer vermietbar.

Um den Energieverbrauch grundsätzlich zu verringern sind umfassende Programme zur Wärmedämmung notwendig.

Hier kann und muss die Stadt Braunschweig Vorbildfunktion übernehmen, denn die öffentlichen Gebäude (beispielsweise das Rathaus) sind unzureichend gedämmt. Dem Rathausaltbau fehlt eine Wärmedämmung. Einfachverglasungen und schlecht schließende Fenster halten die Wärme nicht im Gebäude. Ähnliche Zustände sind in anderen öffentlichen Gebäuden zu beobachten. Eine Aufschiebung der Investitionen konterkariert damit die Bemühungen des Energiesparens und damit zeitgleich der Senkungen von Emissionen – auch der Feinstaubbelastung.